

# Jugendpolitische Forderungen

d e s

## STADTJUGENDRINGES LEIPZIG

- 
1. Vorwort
  2. Unterstützung des Stadtjugendringes  
und der einzelnen Organisationen
  3. Jugend und Bildung
  4. Jugend und Arbeit
  5. Jugendfreizeitarbeit
  6. Jugend und Familie
  7. Umwelt, Gesundheit und Sport
  8. Jugendbegegnungsarbeit

# Jugendpolitische Forderungen des Stadtjugendringes Leipzig

## 1. Vorwort

Kinder und Jugendliche sind die Zukunft der Gesellschaft. Täglich werden Entscheidungen für ihr Leben in unserer Stadt getroffen. Die Schaffung demokratischen Mitsprachemöglichkeiten für Kinder, Jugendliche und ihre Eltern ist unerlässlich, um ihre Rechte zu sichern.

Es kommt insbesondere darauf an, Interessen und Fähigkeiten zu erkennen und zu fördern. Sie brauchen Ansprechpartner und eine gesicherte Stellung innerhalb der Gesellschaft, die gegenwärtig starken und schnellen Veränderungen unterliegt. Jugendförderung bzw. Jugendarbeit ist deshalb keine freiwillige Leistung, sondern eine gesellschaftliche Aufgabe. Auch in finanziell schweren Zeiten muß die öffentliche Hand ihre Verantwortung für die Jugend wahrnehmen. Es sind Möglichkeiten für eine kontinuierliche Jugendarbeit zu schaffen, die genügend Gestaltungsfreiräume bieten. Dazu gehört auch die Mitarbeit interessierter Bürger und Gruppen in Ausschüssen.

Bis Mai 1990 vertrat der Runden Tisch der Jugend der Stadt Leipzig die Interessen der Kinder und Jugendlichen. In seiner Nachfolge stellt sich der Stadtjugendring, dem 13 Jugendorganisationen und -gruppierungen angehören, u.a. folgende Aufgaben:

- Förderung des gegenseitigen Verständnisses und der Zusammenarbeit unter den Jugendlichen der Region Leipzig und mit Jugendlichen anderer Städte, Regionen und Länder,
- Abgabe von Stellungnahmen zu jugendpolitischen und gesellschaftlichen Fragen,
- Feststellung und Förderung der Interessen der Kinder und Jugendlichen der Region Leipzig,
- Vertretung der Interessen der Kinder und Jugendlichen der Region Leipzig gegenüber der Öffentlichkeit, den kommunalen und anderen Entscheidungsgremien,
- Einflußnahme auf Verteilung von Mitteln für die Kinder- und Jugendarbeit

## 2. Unterstützung des Stadtjugendringes und der einzelnen Organisationen

Um eine demokratische Jugendarbeit in unserer Stadt zu ermöglichen, haben sich 13 Jugendverbände zum Stadtjugendring zusammengeschlossen. Einige Vereinigungen vertreten nicht nur ihre Mitglieder, sondern betreuen darüber hinaus weitere Kinder und Jugendliche und erbringen in diesem Zusammenhang Leistungen, die nicht durch die Kommune übernommen werden müssen.

Jugendspezifische Veranstaltungen und Aktivitäten, aber auch Koordinationsarbeit des Stadtjugendringes sind ohne die Unterstützung des Stadtpalamentes unglaubwürdig und undenkbar.

Deshalb fordern wir Sie auf:

- den Stadtjugendring anzuerkennen und ihn zu unterstützen;  
Er benötigt für seine Arbeit Büro und geeignete Tagungsräume sowie eine Planstelle für eine/n hauptamtliche/n Geschäftsführer/in. Wir bitten die Kommune, entstehende Miet-, Unterhaltungs- und Lohnkosten zu tragen und bei der Beschaffung geeigneter Räume aktiv mitzuwirken.

- die Mitarbeit des Stadtjugendringes in entsprechenden Ausschüssen und Kommissionen zu gewährleisten, zum Beispiel im Dezernat Soziales, Jugend und Gesundheit (mit Sitz und Stimme),
- hauptamtliche Planstellen parteiunabhängiger Kinder- und Jugendverbände zu finanzieren,
- einen Finanzfond zur Förderung und Unterstützung kommunaler Kinder- und Jugendarbeit zu schaffen, mit dem auch die Projektarbeit der Verbände unterstützt werden kann.

Es gilt Projekte zu fördern:

- die eine soziale Arbeit mit Jugendlichen (sozial schwache, gefährdete und Jugendliche mit Behinderungen) leisten,
- die Angebote einer sinnvollen Jugendfreizeitarbeit machen,
- die Begegnungsarbeit von Jugendlichen regional, national und international ermöglichen,
- die Bildungs- und Aufklärungsarbeit leisten,
- die Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten für Jugendverbandsmitarbeiter bieten.

### 3. Jugend und Bildung

Die spezifische soziale Lage der Jugend erfordert ein System der Absicherung durch gesetzliche Garantien und Förderung des kreativen Potentials, um neue Abhängigkeiten zu verhindern. Das Prinzip der (auch finanziellen) Chancengleichheit in Bildung und Ausbildung ist eine wichtige Grundlage dafür. Es sind Möglichkeiten zu schaffen, damit jeder Jugendliche eine Ausbildungsstelle bekommt.

Wir fordern:

- die Entscheidungsbefugnis für Schülerkonferenzen bei paritätischer Besetzung (je ein Drittel: Schüler, Eltern und Lehrer),
- die Unterstützung bei Unterbringung und Versorgung von Auszubildenden (Mensen, Schülern),
- die Erhaltung von Weiterbildungsmöglichkeiten (Arbeitsgemeinschaften und Kurse in Jugendeinrichtungen, Abendschule, künstlerische Spezialschulen),
- Unterstützung der Gesamtschule und alternativer Schulmodelle.

### 4. Jugend und Arbeit

Die Stadt hat ihre Verantwortlichkeit in der Errichtung von Vermittlungs- und Beratungsstellen zu zeigen. Es ist eine kommunale Aufgabe, alle Möglichkeiten zu nutzen, um zu verhindern, daß Jugendliche nach Beendigung von Schule, Ausbildung oder Studium arbeitslos sind.

Darum fordern wir:

- eine Abteilung des Arbeitsamtes, die sich speziell mit Jugendarbeitslosigkeit befaßt,
- daß das Arbeitsamt verpflichtet wird, in bzw. für Schulen über Ausbildungs- und Arbeitsplätze zu informieren,
- Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, die eine soziale Arbeit für Kinder und Jugendliche beinhalten,
- den Einsatz von Zivildienstleistenden in Bereichen der Jugendarbeit.

## 5. Jugendfreizeitarbeit

Jugendarbeit im allgemeinen bedeutet, schnell (unbürokratisch) und vielseitig auf die Veränderungen im gesellschaftlichen, kulturellen und im persönlichen Leben der Jugendlichen zu reagieren. Grundlage zur Lösung der Aufgaben ist der Erhalt und die Schaffung von Jugendfreizeitzentren. Diese müssen mit einer flexiblen Grundausrüstung ausgestattet sein.

Insbesondere fordern wir:

- die ermäßigte und kostengünstige Nutzung von Kulturstätten,
- einen Fond für Kinder- und Jugendveranstaltungen,
- eine Spielstätte und weitere Unterstützung für das Theater der Jungen Welt
- Erhalt und Ausbau von Spielstätten in Parks und Höfen,
- für jeden Verwaltungsbereich mindestens zwei Sozialpädagogen,
- Förderung vielseitig nutzbarer Projekte wie: Leutzscher Treff, Villa u.ä.

## 6. Jugend und Familie

Mit der Einführung der kommunalen Selbstverwaltung trägt die Kommune in zunehmendem Maß Verantwortung für Familien mit Kindern, für Alleinerziehende und für anderen sozial schwache Gruppen.

Unsere Forderungen sind:

- sozialer Wohnungsbau, der besonders jungen Familien und sozial Schwachen das Recht auf ein menschenwürdiges Wohnen sichert; Vergabe und Bewirtschaftung von Wohnraum bei breiter demokratischer Mitwirkung und Kontrolle,
- kommunale Regelungen in der Stadt Leipzig, die Wohnungs- und Mietspekulationen bzw. Preistreibereien verhindern,
- die Anerkennung von Lebens- und Wohngemeinschaften aller Art,
- die Durchsetzung der Gleichstellung der Mädchen und Frauen,
- den Erhalt und Ausbau des Systems der Schwangeren- und Mütterberatung,
- die Einrichtung eines Hauses zum Schutz für in Not geratene Kinder und Jugendliche,
- die Erhaltung kommunaler Einrichtungen zur Kinderbetreuung (Kinderkrippen, Kindergärten und Schulhorte) bei Sicherung einer kostengünstigen Trink- und einer warmen Mittagsversorgung,
- die Sicherung der medizinischen Betreuung aller Kinder in den Kindereinrichtungen.

Durch die Kommune ist sicherzustellen, daß die Betreuung jedes Kindes in kommunalen Einrichtungen möglich und finanziell erträglich ist.

## 7. Umwelt, Gesundheit und Sport

Gesunderhaltung, Sport und Umwelt stellen einen Zusammenhang dar, der auch durch kommunale Maßnahmen und Aktivitäten bemerkbar sein muß. Die Belastung für Luft, Wasser und Boden müssen gesenkt werden, wofür in erster Hinsicht der Verursacher verantwortlich zu machen ist.

Wir fordern:

- verkehrsberuhigte Straßenzüge, Fußgängerzonen und Spielstraßen, sowie die Einführung von Tempo 30 in allen Wohngebieten,
- verkehrsberuhigende Einrichtungen (Ringverkehr, geschwindigkeitsmindernde Schwellen),
- den Ausbau des Radwegnetzes und der Schulwegsicherung,
- den Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs, der preiswert sein muß,
- Tarifiermäßigung im Nahverkehr für Kinder, Schüler, Lehrlinge und Studenten,
- das Fach Umwelterziehung an den Schulen einzuführen und praktische Übungen im Umwelt- und Naturschutz durchzuführen,
- den Ausbau der Müllentsortierung und Wiederverwertung von Altstoffen, sowie das flächendeckende Aufstellen von Sammelcontainern,
- die Beseitigung der Sperrmüllcontainer aus den Wohngebieten und die Entwicklung neuer Konzepte zur Müllentsorgung,
- die kostenlose bzw. ermäßigte Spiel- und Sportstättennutzung,
- die Schaffung von Spielplätzen in freier Trägerschaft,
- den behindertengerechten Ausbau aller Einrichtungen im Sport- und Jugendbereich, der Verkehrsmittel und -wege, sowie der öffentlichen Gebäude der Stadt,
- verstärkte Aufmerksamkeit und Aufklärungsarbeit gegenüber den alten und neuen Gefahren, die Gesundheit und Leben der Kinder und Jugendlichen gefährden (Nikotin, Alkohol, Drogen, AIDS und Pornografie),
- den Erhalt bestehender und die Schaffung neuer Sportstätten in Wohngebieten, wobei Sport- und Freizeitstätten nicht zweckentfremdet genutzt werden dürfen,
- die Durchsetzung der Stadtordnung im Punkt der Beseitigung von Hundekot durch die Hundebesitzer.

## 8. Jugendbegegnungsarbeit

Um den Demokratisierungsprozeß unserer Gesellschaft voranzubringen, halten wir die Förderung von Jugendbegegnungen (regional, national und international) für dringend geboten.

Wir bitten Sie diesbezüglich:

- Jugendfahrten, Seminare und Bildungsarbeit, den Sportaustausch, die Teilnahme an kommunalen, politischen, kulturellen, sportlichen und konfessionellen Jugendveranstaltungen finanziell zu unterstützen,
- sich beim Kauf oder rechtlichen Erwerb eines ehemaligen FDJ-Jugendlagers zu engagieren und es dem Stadtjugendring zur Verfügung zu stellen
- unser Vorschlag: Peetzow b. Werder (Bez. Potsdam),
- sich dafür einzusetzen, daß für Jugendbegegnungsarbeit eine Fahrpreisermäßigung bei der Deutschen Reichsbahn erhalten bleibt.

